

Wo wird der Sparhobel angesetzt?

Neben der Erziehung und der Gesundheit ist der Ausbau des Briger Kollegiums unter den «Sparopfern»

Sitten. — Die Walliser Regierung hat unter dem harten Druck der Finanzkommission des Grossen Rates das Kantonsbudget 2002 noch einmal unter die Lupe genommen und wurde fündig: Zusätzliche Einsparungen von 23 Millionen sind innert weniger Tage vorgenommen worden.

Die zusätzliche Sparrunde dürfte aber in einigen Departementen die Schmerzgrenze erreichen oder sogar überschreiten, wie Finanzchef Wilhelm Schnyder gestern auf Anfrage hin mitteilte. Schwergewichtig schmälern die zusätzlichen Einsparungen die ursprünglich budgetierten Beträge im Erziehungs- und Gesundheitswesen, aber auch in der Volkswirtschaft sowie im Baudepartement. Im Baudepartement ist der Hochbau von der weiteren Sparrunde betroffen. Hier werden unter andern beim Budget für den Aus- und Neubau des Kollegiums Spiritus Sanctus in Brig-Glis Streichungen vorgenommen (siehe Kästen).



Die Regierung schlägt dem Grossen Rat nächste Woche auf Druck der Finanzkommission ein um 23 Millionen Franken reduziertes Budget vor. Die Streichungen wurden im Erziehungswesen, bei der Gesundheit, aber auch in der Volkswirtschaft und im Baudepartement vorgenommen.

Spitalpersonal: 40 Millionen

Sitten. — Ith) Das kantonale Gesundheitsdepartement sieht sich gegenwärtig mit einer Forderung nach einer 10-prozentigen Lohnerhöhung des Spitalpersonals konfrontiert. Obwohl in den letzten Jahren die Löhne des Gesundheitspersonals um rund 14 Prozent erhöht worden sind, besteht in diesem Bereich im schweizerischen Vergleich noch ein Nachholbedarf, räumt auch Staatsrat Thomas Burgener ein. Ein gewisser Spielraum für weitere Lohnerhöhungen bestehe noch. Doch würde die Forderung nach einer 10-prozentigen Lohnerhöhung laut Gesundheitsdepartement Folgekosten von rund 40 Millionen (Personal in den Spitälern, aber auch in Sozialmedizinischen Zentren, Altersheimen) nach sich ziehen. Diese Mittel müssten zu einem Drittel vom Kanton und zu zwei Dritteln von den Krankenversicherern und andern Versicherungen aufgebracht werden.

Neuverschuldung in engen Grenzen

Die Walliser Finanzen stehen im westschweizerischen Vergleich gut da. Die Neuverschuldung hat sich in den letzten sechs Jahren mit insgesamt rund 50 Millionen in engen Grenzen gehalten. Hier lassen sich bereits die Spuren der Sparbemühungen der Regierung und des Grossen Rates ablesen. Aber im Grossen Rat überbieten sich vorab die Radikalen, die CVP Unterwallis, die CVP Mittelwallis und die CVP Oberwallis mit Sparforderungen. Gleichzeitig mit den zusätzlichen Steuererleichterungen, die vom Parlament gegen den Willen der Regierung beschlossen wurden (rund 30 zusätzliche Millionen allein für den Kanton), wird es nun in den nächsten Jahren eng. Allerdings gibt es auch so etwas wie eine «Verwirrung der finanzpolitischen Geister». So schrieb die CSPO gestern in ihrem Fraktionsbericht davon, dass sich der Kanton in den letzten sechs Jahren jeweils mit 50 zusätzlichen

Millionen verschuldet hätte. In Tat und Wahrheit ist dies der Betrag, der in dieser ganzen Zeitspanne von sechs Jahren an Neuverschuldung zusammengekommen ist.

85 oder 90 Prozent Eigenfinanzierung?

Die Finanzkommission gefiel sich in den letzten Wochen als finanzpolitischer Wächter und «Einpeitscher». Das ist auch ihre Rolle. Unter dem Präsidium von Albert Arletatz hat die Kommission bekanntlich einstimmig die Rückweisung des von der Regierung vorgelegten Voranschlags zur Staatsrechnung beschlossen. Die Hauptforderung der Finanzkommission: Der Eigenfinanzierungsgrad des Kantons müsse sich auf 85 Prozent belaufen. Diese Forderung wurde von den zwei andern ständigen Kommissionen des Walliser Grossen Rates unterstützt, nämlich von der Geschäftsprüfungskommission und von der Reformkommission. Die Regierung gab nach und

sparte die erwähnten zusätzlichen 23 Millionen ein. Dem Vernehmen nach will nun die im Grossen Rat breit abgestützte Wirtschaftsgruppe die Sparschraube noch stärker anziehen und von der Regierung einen Selbstfinanzierungsgrad von 90 Prozent einfordern. Dies würde weitere Einsparungen in Millionenhöhe erfordern.

In den eigenen Fuss schiessen?

Natürlich kann der Grosse Rat die Sparschraube noch härter anziehen. Allerdings dürften die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter im Parlament mit einem Male spüren, dass es auch sie trifft. Die Grossräte schiessen sich damit sozusagen in die eigenen Beine. Bereits die jetzt eingeleitete Sparrunde zum Budget 2002 und weitere Sparvorschläge treffen jeweils die Standortgemeinden mit. So schlägt die Finanzkommission beim Kauf der Swisscom-Gebäude von Brig-Glis und Sitten vor, dass sich die

Standortgemeinden an diesem je rund 8,5 Millionen-Geschäft hälftig beteiligen. Brig-Glis soll bereits eingewilligt haben; Sitten dürfte nachziehen. Die Streichungen am Aus- und Neubauprojekt des Kollegiums in Brig-Glis dürften ebenfalls keine Freudensprünge auslösen.

Der Regierung böte sich nämlich bei weiteren Sparrunden ein grosser Topf an, bei dem auch Abstriche möglich wären: Bei den 560 Millionen Franken an Beiträgen, die der Kanton jeweils unter verschiedenen Titeln an die Gemeinden leistet.

Ith

Und hier fliegen die Späne

Ith) Wo gehobelt wird, da fliegen auch die Späne, sagt ein Sprichwort. Und Späne fliegen nach der weiteren Sparrunde beim Budget 2002 in folgenden Bereichen: Grundsätzlich einmal werden zwischen 16 und 17 Millionen in der laufenden Rechnung gestrichen. Dazu kommen noch 7 Millionen bei den Investitionen. Damit erreicht die Regierung das von der Finanzkommission des Grossen Rates einverlangte Sparziel von 23 Millionen Franken. Rund 6 bis 7 Millionen betragen die Einsparungen im Gesundheits- und im Erziehungsdepartement. Diese beiden Departemente sind auch die mit dem grössten Anteil am Ausgabenkuchen. Damit hat die Regierung eine Opfersymmetrie entlang des Ausgabenanteils gesucht.

Daneben werden auch Abstriche bei der Landwirtschaft gemacht. Bei den Investitionen sollen keine laufenden Projekte stillgelegt werden. Aber es kommt auch hier zu Abstrichen im Budget, so unter andern auch beim Ausbau des Kollegiums Brig-Glis. Die Regierung erinnert daran, dass sie in den letzten Jahren auch Sonderanstrengungen zu bewältigen hatte, wie etwa die Unwetterschäden, dann auch die Sanierung der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) und der Walliser Kantonalbank (WKB). 68 Millionen Franken sind an ausstehenden Subventionen an die Gemeinden ausgerichtet worden und 47 Millionen werden in ein Wirtschafts-Ankurbelungsprogramm gesteckt.

Noch kein neuer «Vogt»

Nach dem Abgang des Leukerbadner Beirats mit Nebengeräuschen

Leukerbad. — Innert der nächsten anderthalb Monate muss ein Nachfolger für den abtretenden Beirat von Leukerbad gefunden werden. Wie gestern in Sitten zu erfahren war, ist bisher noch kein Nachfolger ernannt worden. Unter Umständen wird die Beiratschaft über Leukerbad zum Anlass des persönlichen Wechsels gelockert.

Der bisherige Beirat, Dr. Andreas Coradi, macht für seinen Abgang gesundheitliche Probleme geltend. Wie er früher gegenüber dem WB erklärt hatte, machen ihm Rückenprobleme zu schaffen, die sich auch nach einer Operation nicht besserten. Auf der ande-

ren Seite war der Beirat für die hoch verschuldete Gemeinde auch wegen seiner hohen Bezüge immer wieder unter Beschuss geraten.

30 000 Franken Monatslohn

Sowohl im Kantonsgericht (der Ernennungsbehörde) wie auch bei der Walliser Regierung räumt man ein, dass die Beiratschaft von Leukerbad zum teuren Pflaster geraten ist. Der Beirat von Leukerbad erhielt die ordentlichen Altersansätze für Zürich ausgerichtet, nämlich Franken 350 in der Stunde zuzüglich Spesen. Dies führte dazu, dass sich die Bezüge während gewisser Monate über 30 000 Franken bewegen konnten. Dies stiess in einem Land sauer auf, in dem ein Regierungsmitglied rund 14 000 Franken netto verdient.

Diese Bezüge mögen zwar rechtens sein, führten aber zusammen mit weiteren beigezogenen Fachleuten (Juristen und Treuhändern) dazu, dass sich für die Not leidende Gemeinde bis zu 500 000 Franken «Vogteikosten» ergaben. So gesehen war der «Vogt» von Leukerbad dem Bäderdorf zwar nicht unbedingt lieb, dafür aber umso teurer...

Die Beiratschaft lockern?

Offenbar macht man sich bei den Behörden nun darüber Gedanken, ob die Coradi-Nachfolge nicht durch einheimische Bewerber um diesen Posten zu vernünftigeren Bedingungen sichergestellt werden könnte. Einmal liegt der Stundentarif für einen Anwalt im Wallis bei 220 bis 230 Franken — und die «Anmarschwege» und da-

mit der Zeitaufwand wären für einen hiesigen Beirat wesentlich kleiner. Wenn in einer ersten Phase ein auswärtiger Beirat beigezogen worden sei, dann vor allem auch, um die Unabhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Druckgruppen zu wahren, wird in Sitten betont. Dies sollte nun laut der Ernennungsbehörde auch mit einer einheimischen Fachperson möglich sein. Gleichzeitig könnte auch der Aufgabenbereich und damit der Aufwand des Beirats zurückgenommen werden, weil die Beiratschaft über Leukerbad zum jetzigen Zeitpunkt eine Lockerung erfahren könnte. Allerdings ist die Persönlichkeit für den heiklen Job des «Vogtes II» bisher noch nicht gefunden worden — trotz aufwändiger Bemühungen seitens der Ernennungsbehörden. Ith

Anzeige

www.wkb.ch/telebanque
Ihre B@nk zu Hause

Anpassungsfähig von Natur aus

Walliser Kantonalbank
www.wkb.ch